

# Restriktionen und Potenziale

## Resümee

Peer Pasternack

Anfang der 2000er Jahre waren die Hochschulstrukturen in Sachsen-Anhalt konsolidiert. Den Umbau seit 1990 hatte man zu einem mehr oder weniger gelungenen Abschluss gebracht. Dann folgte allerdings keine Phase der Beschaulichkeit, sondern die Bologna-Reform und die ersten Folgen des demografischen Wandels. Die eine mit reformbedingten Mehrkosten, die, wie in allen Bundesländern, nicht erstattet wurden. Die anderen mit tatsächlichen und prognostizierten Einnahmемinderungen im Landeshaushalt. Parallel nahmen die Studierendenzahlen deutlich zu.

Ein optimales Maß der Ausstattung von Regionen oder Bundesländern mit Hochschulkapazitäten gibt es nicht:

- Zum einen gibt es keine prinzipiellen gesellschaftlichen Sättigungsgrenzen für Leistungen in Lehre und Forschung. Praktisch jeder Intensitätsgrad solcher Leistungen kann gesellschaftlich absorbiert werden, und sei es z.B. mit einem Hochschullehrer-Studierenden-Verhältnis von 1:1.
- Zum anderen haben die Länder keine Pflicht zur Unterhaltung von Hochschulen in einem bestimmten Umfang. Denn Hochschulen sind keine im engeren Sinne staatliche Pflichtaufgabe: Es gibt eine Schulpflicht, die zur Unterhaltung öffentlicher Schulen in angemessenem Umfang benötigt, aber keine Hochschulpflicht.

Daher ist die Selbstausrüstung eines Landes mit Hochschulbildung und Forschung immer Gegenstand permanenter Aushandlungsprozesse. Hierbei wiederum haben Hochschulen ein schwer zu händelndes Kommunikationsproblem:

- Die meisten Ergebnisse ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre kommen in vergleichsweise langen Wellen zustande. Deren misslichste Eigenschaft ist: Sie überschreiten größtenteils die zeitlichen Horizonte einzelner Legislaturperioden.
- Da die vorhandenen Haushaltsmittel fortwährend begrenzt sind, ergeben sich naturgemäß Verteilungskonflikte zwischen den einzelnen Handlungsfeldern. Finanzierungen in anderen Bereichen erscheinen häufig handfester und in ihren Effekten (vermeintlich) vorhersagbarer als hochschulische Anliegen.

■ Zudem befassen sich die meisten politischen Akteure nicht unmittelbar mit Hochschulpolitik (sondern mit Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft usw.). Ihnen erscheinen Hochschulgelder vor allem als eine Unsicherheitsfinanzierung.

Eine langfristige Hochschulentwicklung aber ist nur möglich, wenn genau das berücksichtigt wird: In Forschung und Lehre sind kurzfristige Effekte überwiegend nicht möglich und langfristige Effekte nicht mit Sicherheit vorhersagbar.

Unausgeschöpfte Potenziale liegen indes im Bereich der Hochschuleffekte für regionale Entwicklungen. Dabei geht es nicht allein um Anwesenheitseffekte, die sich aus dem schlichten Da-Sein der Hochschulen ergeben, sondern auch um expizite Aktivitätseffekte. Hier agiert die Wissenschaft noch nicht immer sehr glücklich: Sie neigt dazu, vornehmlich auf die planetarische Bedeutung ihrer Aktivitäten zu verweisen. Das verführt in der Politik dazu, den Umkehrschluss zu ziehen: regional wohl nicht so bedeutsam.

Hier dürfte es nötig sein, dass sich die Hochschulen stärker als das, was sie (auch) sind, auch inszenieren: eines der wichtigsten Verödungshemmnisse in demografisch herausgeforderten Räumen. Eine Aufforderung zur Selbstregionalisierung ist das aber nicht: Die regionale Wirksamkeit von Hochschulen ist dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -verteilung anschließen. Dazu wiederum sind die Hochschulen wie keine andere Institution in ihren Regionen in der Lage.

All das wird nicht leichter dadurch, dass sich auch fürs Sparen durchaus Gründe entdecken lassen, nämlich acht:

- Seit 2009 bereits sind die Zuschüsse aus dem Solidarpakt rückläufig. Bis 2020 werden sie auf null abschmelzen.
- Im Rahmen der EU-Strukturförderung müssen die ostdeutschen Länder und Kommunen demnächst fünfzigprozentige Gegenfinanzierungen leisten. Bisher waren es 25 Prozent.
- Der demografische Wandel bewirkt sinkende Einwohnerzahlen. Daraus folgen geringere Zuweisungen aus dem pro-kopf-bezogenen Länderfinanzausgleich.
- Die Löhne sind im Osten niedriger, und die Arbeitslosigkeit ist höher. Das erzeugt geringere Einkommenssteuereinnahmen.
- Die Produktivität und damit die Wirtschaftsleistung liegen ein Viertel unter dem westdeutschen Durchschnitt. Das bewirkt auch bei anderen Steuern niedrigere Einnahmen.

- Sonderprogramme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbe-  
reich sind nicht auf Dauer zu stellen.
- Das 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz mindert  
die Steuereinnahmen aller Länder.
- Schließlich wird ab 2020 die Schuldenbremse in Kraft treten. Sie un-  
tersagt den Ländern die Nettokreditaufnahme.

Zugleich muss Sachsen-Anhalt sowohl interne Potenziale mobilisieren als auch externe Potenziale gewinnen, wenn es sich nicht abhängen lassen will. Diese Potenziale sind vor allem drei: Fachpersonal, Investitionen und Netzwerkeinbindungen. Für zwei davon sind die Hochschulen unentbehrlich: akademisch ausgebildete Fachkräfte und Netzwerke. Was die Fachkräfte betrifft, geht es um zweierlei: Studierende von außerhalb ins Land zu holen und junge Leute im Lande zu halten, weil sie in Wohnortnähe ihren Wunschstudienplatz vorfinden.

So finden mittlerweile zahlreiche westdeutsche Studienanfänger nach Sachsen-Anhalt. Nur dadurch konnten die Einbrüche in den studienberechtigten Alterskohorten überkompensiert werden, die infolge der geringen Geburtenraten nach 1990 entstanden waren. Auch wenn es sich dabei größtenteils um Überlaufeffekte handelt, da die westdeutschen Hochschulen derzeit übervoll sind: Anders als noch zu Beginn der 2000er Jahre erzeugt die Vorstellung, ‚im Osten‘ studieren zu sollen, bei jungen Leuten aus westdeutschen Regionen offenkundig nicht mehr flächendeckend allergische Reaktionen.

Von diesen wiederum bleiben 43 Prozent nach dem Abschluss da: ein beachtlicher Klebeffekt. Keines der Rückholerprogramme, die ehemalige Einwohner zur Rückkehr bewegen sollen, hat eine solche Erfolgsquote. Mit anderen Worten: Die Hochschulen sind inzwischen das erfolgreichste Instrument zur Dämpfung des demografischen Wandels. Eine angemessene Antwort auf dessen Herausforderungen besteht daher weniger in einer restriktiven als vielmehr einer expansiven Bildungspolitik.